

Antrag

der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Sulzberger, Bader, Edlinger, Mag. Hackl, Dr. Michalitsch und Ing. Pum

betreffend **„Verhinderung grenznaher Atommüll-Endlager und eine strikte Anti-Atom-Politik Österreichs“**

zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Vladyka u.a. betreffend LT-1160/A-2/41

Der Dringlichkeitsantrag wird geändert und hat wie folgt zu lauten:

„DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Mag. Renner, Sulzberger, Bader, Vladyka, Edlinger, Findeis, Mag. Hackl, Antoni, Dr. Michalitsch und Ing. Pum

betreffend **„Verhinderung grenznaher Atommüll-Endlager und eine strikte Anti-Atom-Politik Österreichs“**

Der niederösterreichische Landtag hat sich bereits mehrmals für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe stellen für Niederösterreich ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

- Deshalb wurde schon im April 2011 die Bundesregierung vom Niederösterreichischen Landtag auffordert, für einen raschen Ausstieg der Slowakei aus der Atomkraft einzutreten.

- Am 23. Feb. 2012 wurde vom Landtag der Antrag „Verhinderung der Inbetriebnahme des slowakischen AKW Mochovce 3 und 4 sowie Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe“ beschlossen.
- Im Rahmen der Anti-Atom Bund-Länder-Koordinationsgespräche am 27. Feb. 2012 in Wien wurde von den Ländern Niederösterreich und Burgenland folgende Forderung an den Herrn Bundesminister herangetragen:
 - „Die österreichische Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, bei der Errichtung grenznaher End- und Zwischenlager die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung mit Nachdruck zu vertreten.“

Auch wenn die Art der Energiegewinnung und die Energieversorgung in die nationale Kompetenz fällt: Das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken macht vor Staatsgrenzen keinen Halt und erfordert einen transnationalen Schulterschluss, der eine Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung zum letzten Ziel hat. Österreich muss einen strikten Anti-Atom-Kurs vertreten und sich in weiterer Konsequenz auf EU-Ebene massiv für einen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomstrom einsetzen. Es darf nicht passieren, dass die Atomkraft eine ungestörte Renaissance erlebt, nachdem die Vorkommnisse in Japan ein Jahr nach der Katastrophe aus dem Zentrum der medialen Berichterstattung verschwunden sind.

Die Slowakei hat sich im Rahmen des EU-Beitrittsverfahren verpflichtet, zumindest die unsichersten Reaktorblöcke außer Betrieb zu stellen und abzubauen. Betroffen waren zwei Reaktorblöcke der Klasse V1 des AKW Bohunice. Auch Österreich hat diese Forderung im Zuge der Beitrittsverhandlungen deponiert. Für leicht- und mittelaktives Abbruchmaterial muss nun zum Zwecke der Aufbereitung und Zwischenlagerung ein Integrallager in der Stadt Jaslovské, nahe Bohunice errichtet werden.

Ein Gutachten zum Gefährdungspotenzial des geplanten Integrallagers wurde vom Land Niederösterreich bereits 2011 bei „Österreichs Ökologie-Institut“ in Auftrag gegeben. Die Untersuchung kommt zum Fazit: „Von grenzüberschreitenden

radioaktiven Belastungen durch Unfälle im geplanten Integralen Zwischenlagers, die Österreich betreffen könnten, ist grundsätzlich nicht auszugehen.“ Das Gutachten ist auf der Homepage des Landes öffentlich zugänglich: www.noel.gv.at/anti-atom

Die Zwischenlagerung im Integrallager Jaslovske soll bis zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem sie zum Ort ihrer Endlagerung transportiert werden können.

Nein zu grenznahen Atommüll-Endlagern

Eine weiterführende Planung und Errichtung von End-Lagerstätte in Grenznähe ist jedoch strikt abzulehnen. Durch die Errichtung würden grenzüberschreitende Risiken, aber auch große Kosten und Probleme auf nachfolgende Generationen übertragen. Das Land Niederösterreich sollte daher die rechtliche Möglichkeit zu Konsultationen sowie der Teilnahme an einer Anhörung in der Slowakei wahrnehmen.

Im österreichischen Strommix ist auch Atomstrom im Ausmaß von rund fünf Prozent enthalten. Im Gesamtvolumen ist auch ein Anteil enthalten, dessen Herkunft derzeit nicht belegt wird. Dieser „Graustrom“-Anteil betrug 2010 14,7 Prozent. Auf dem internationalen Strommarkt ist durch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Graustrom ein klares Signal gegen Atomenergie zu setzen. Österreich darf mit der Abnahme von Graustrom nicht länger Investitionsanreize für die Atomkraft setzen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„I. Der NÖ Landtag bekräftigt seine Forderungen vom 23. Februar 2012

II. Die Landesregierung wird aufgefordert an ihrer strikten Anti-Atom-Politik festzuhalten.

III. Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, ergänzend zu den Forderungen vom 23. Februar 2012, an die Bundesregierung mit folgenden Forderungen heranzutreten,

- a) alle Möglichkeiten gegen geplante Atommüll-Endlager in Grenznähe auszuschöpfen
- b) für eine europaweite Kennzeichnungspflicht für „Graustrom“ einzutreten““